Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2395**

15. Wahlperiode 28. 01. 2004

Antrag

der Abgeordneten Dagmar Schmidt (Meschede), Karin Kortmann, Detlef Dzembritzki, Siegmund Ehrmann, Gabriele Groneberg, Anke Hartnagel, Reinhold Hemker, Klaus Werner Jonas, Ulrich Kelber, Dr. Sascha Raabe, Walter Riester, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Thilo Hoppe, Hans-Christian Ströbele, Volker Beck (Köln), Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Wüstenbildung wirksam bekämpfen – Armut überwinden, Ernährung sichern, Konflikte verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wüstenbildung ist ein globales Umwelt- und Entwicklungsproblem. Nicht nur die Länder des Südens sind betroffen. Übernutzung von Böden und Wäldern, Versiegelung von Flächen und durch den Menschen verursachter Klimawandel führen auch in den reichen Ländern des Nordens zur Degradation von Land und zum Verlust von Mutterboden. Es geht bei der Bekämpfung von Desertifikation nicht um bereits bestehende Wüsten, sondern um den Schutz komplexer Lebensgrundlagen, die von Landverödung bedroht sind.

Jährlich gehen weltweit durch Bodendegradierung in den trockenen, halbtrockenen sowie sub-humiden und wasserarmen Gebieten der Erde 24 Mrd. Tonnen Boden und rund 41 000 km² landwirtschaftliche Anbaufläche verloren. Trockengebiete machen rund 40 Prozent der Landfläche der Erde aus; sie bilden den Lebensraum und die Existenzgrundlage für weite Teile der Bevölkerung. Auswirkungen der Desertifikation sind in 70 Prozent aller Trockengebiete festzustellen. Betroffen sind derzeit 36 Mio. km²,eine Fläche dreieinhalb mal so groß wie Europa.

Wüstenbildung, Dürre und Bodenerosion bedrohen die Existenz von mehr als einer Milliarde Menschen in 110 Ländern: Wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß sind die ärmsten Entwicklungsländer davon ebenso betroffen wie einige Schwellenländer (z. B. Argentinien, Brasilien, Mexiko, Indien, China) sowie die zentralasiatischen Transformationsländer und eine Reihe von Industrieländern (USA, Mittelmeerländer).

Besonders bedrohlich sind Szenarien des Worldwatch Institutes für den Fall, dass die Desertifikation in den nächsten beiden Jahrzehnten mit der bisher entwickelten Dynamik weiter voranschreitet: Bis zum Jahr 2025 wird mit dem Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche von zwei Dritteln in Afrika, einem Drittel in Asien und einem Fünftel in Lateinamerika gerechnet.

Wüstenbildung ist eng mit dem Problem der Wasserknappheit verbunden. Landverödung verringert die Verfügbarkeit von Wasser und Boden: Weltweit sind im Durchschnitt 7 000 m^3 Wasser pro Kopf verfügbar, in Trockenzonen sind es unter 1 000 m^3,und diese Menge wird sich in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich halbieren.

Weitere Faktoren, die zur Desertifikation beitragen und ein nachhaltiges Ressourcenmanagement behindern, sind die fehlende Rechtssicherheit für die Landnutzer beim Bodenrecht, der Mangel an technischen Kenntnissen und ungünstige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, vor allem die Welthandelsbedingungen. Kriege und andere von Menschen ausgelöste Katastrophen tragen ebenso zu Prozessen der Landverödung bei.

Die Folgen für die Betroffenen sind gravierend. Desertifikation führt insbesondere in den Partnerländern zu Hunger, zum Zusammenbruch sozialer Strukturen, zu Migration, Landflucht und politischer Destabilisierung.

Wüstenbildung ist kein natürliches Phänomen, sie wird hauptsächlich durch menschliche Aktivitäten hervorgerufen. Komplexe Wechselwirkungen zwischen physikalischen, biologischen, politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Faktoren spielen eine maßgebliche Rolle: Nicht nachhaltige Landnutzungspraktiken der lokalen Bevölkerung sowie Versiegelung von Flächen begünstigen Desertifikationsprozesse. Überlieferte Strategien und Methoden der Landbewirtschaftung erweisen sich heute vielfach als nicht ausreichend angesichts ökonomischer und politischer Veränderungen aufgrund des Bevölkerungswachstums und des Sesshaftwerdens von Nomaden.

In diesem Teufelskreis ist Armut sowohl Ursache als auch Folge der Desertifikation. Bei der Umsetzung des deutschen Aktionsprogramms 2015 zur Armutsbekämpfung und die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele – insbesondere die Halbierung der Zahl der Menschen in extremer Armut und die Halbierung der Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser bis 2015 – muss die konsequente Bekämpfung der Desertifikation eine wichtige Rolle spielen.

Mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD) steht seit 1996 ein internationaler, für die Unterzeichnerstaaten völkerrechtlich verbindlicher Rahmen zur Verfügung, um das Problem der Desertifikation zu bekämpfen. Neben dem Schutz der Böden in Trockengebieten hat die Konvention ausdrücklich die Bekämpfung der Armut zum Ziel. Das Übereinkommen leistet einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen und menschenwürdigen Entwicklung und basiert auf den Prinzipien Zusammenarbeit, Partnerschaft und Dezentralisierung. Sie trägt damit zur Förderung guter Regierungsführung sowie zur Stärkung der Zivilgesellschaft und demokratischer Strukturen in den Partnerländern bei.

II. Der Deutsche Bundestag

- unterstützt ausdrücklich, dass die Desertifikationsbekämpfung seit Mitte der 1980er Jahre einen Förderschwerpunkt der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bildet. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert derzeit weltweit rund 250 Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Mrd. Euro, davon 60 Prozent in Afrika, 25 Prozent in Asien und 15 Prozent in Lateinamerika. Zusätzlich werden dort durch Regionalvorhaben der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch und die Realisierung von Pilotvorhaben unterstützt;
- begrüßt, dass Deutschland mit der Ansiedlung des UNCCD-Sekretariats in Bonn eine besondere Verantwortung in diesem Aktionsfeld übernommen hat. Zusätzlich zum Regulärbeitrag unterstützt die Bundesregierung das Sekretariat der UNCCD durch freiwillige Beiträge zum Kernbudget von

511 300 Euro. Mit einem gleich hohen Betrag fördert sie das Sekretariat bei der Ausrichtung von Konferenzen;

- begrüßt, dass das BMZ im Rahmen eines GTZ-CCD-Projektes die Umsetzung des Konventionsprozesses in ausgewählten Entwicklungsländern unterstützt sowie ein Netzwerk deutscher Wissenschaftler (DesertNet) und die Beratung des Sekretariats der UNCCD in strategischen und organisatorischen Fragen fördert;
- nimmt die Hamburger Deklaration des DesertNets und des Hamburger Dryland Research Centers vom 24. Juni 2003 zustimmend zur Kenntnis, die eine stärkere Gewichtung der Konvention auch in den Industrieländern fordert;
- begrüßt die Forderung des Europäischen Parlaments vom 4. September 2003 nach dem Einsatz von „Debt-for-Water-Swaps“ im Rahmen eines Europäischen Wasserfonds;
- befürwortet die EU-Initiative „Armutsbekämpfung durch nachhaltige Landnutzung“. Sie will in Partnerschaft mit den betroffenen Ländern und internationalen Organisationen, dem privaten Sektor und Nichtregierungsorganisationen geeignete Projekte und Programme zur Bekämpfung der Desertifikation im Rahmen eines ganzheitlichen Entwicklungsansatzes voranbringen;
- begrüßt, dass inzwischen 190 Staaten die Wüstenkonvention ratifiziert und über 70 Staaten nationale Aktionsprogramme vorgelegt haben. Die Bundesrepublik Deutschland trägt ihrer Verpflichtung als Vertragsstaat durch die Vorlage eines jährlichen Nationalberichtes Rechnung;
- begrüßt ausdrücklich, dass die Globale Umweltfazilität (GEF), wie auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 gefordert, auf der sechsten UNCCD-Vertragsstaatenkonferenz in Havanna im September 2003 offiziell als ein Finanzmechanismus für die Konvention anerkannt worden ist. Dadurch werden in den kommenden drei Jahren 500 Mio. US-Dollar für Programme im Bereich Entwaldung und Desertifikation zur Verfügung stehen;
- unterstützt das parlamentarische Aktionsprogramm mit der Selbstverpflichtung zur Intensivierung des Informationsaustausches, zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zur Stärkung der Rolle der Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei der Umsetzung der UN-Konvention auf allen Ebenen, das die 5. Parlamentarierkonferenz zur Desertifikationsbekämpfung am 3./4. September 2003 in Havanna verabschiedet hat.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich weiterhin dafür einzusetzen, die Welthandelsrunde zu einer wirklichen Entwicklungsrunde auszugestalten und insbesondere durch den zügigen Abbau von allgemeinen Agrarsubventionen und Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte aus den Industrieländern die Voraussetzung für eine effektive Desertifikationsbekämpfung in den Partnerländern zu schaffen;
- für eine bessere Koordinierung und ein abgestimmtes Handeln der drei großen Umweltkonventionen Desertifikation, Klimaschutz und Artenvielfalt zu sorgen, um die Finanzmittel noch effizienter und zielgerichteter einsetzen zu können;
- sich dafür einzusetzen, dass die nationalen Aktionsprogramme zur Desertifikationsbekämpfung mit ihren Maßnahmen zur nachhaltigen Landnutzung, zur Wiederaufforstung und zum nachhaltigen Wassermanagement in die

nationalen und in die von der internationalen Gemeinschaft initiierten Armutsbekämpfungs- und Länderstrategien der Partnerländer integriert werden;

- im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit vor allem die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Desertifikationsbekämpfung in Angriff zu nehmen und für eine stärkere Ausrichtung aller relevanten entwicklungspolitischen Maßnahmen im Hinblick auf Bekämpfung von Bodenerosion und Landverödung zu sorgen. Projekte von Durchführungsorganisationen, NGOs und Kirchen müssen mit Maßnahmen, die strukturpolitische Wirkungen haben und sich am nachhaltigen Ressourcenmanagement orientieren, vernetzt werden;
- Ausbildungsprogramme im Bereich der Desertifikationsbekämpfung an Bedürfnissen und traditionellem Wissen in den Partnerländern zu orientieren und mit ihnen die Teilhabe von Frauen zu stärken sowie die Partizipation der Betroffenen sicherzustellen;
- sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass sich die Bewirtschaftung von und der Zugang zu Gemeinschaftsgütern wie Wasser und Boden einer rein profitorientierten Logik entzieht;
- in der EU darauf hinzuwirken, dass eine Regionalisierung der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung unterstützt und ein effizienter Einsatz ihrer finanziellen Mittel vorgenommen wird;
- den konstruktiven Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich der Saatgutentwicklung, der erneuerbaren Energien und des Wassermanagements in Form von Foren und öffentlichen Konferenzen zu fördern und so die Problematik der Wüstenbildung und die UNCCD noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken;
- den Zugang der Menschen in den Partnerländern zu diesem Wissen und zu Saatgut ebenso zu verbessern, wie die Kenntnisse über angepasste Bewässerungsmethoden, Drainagen und effiziente Wasserlenkungssysteme;
- auf allen Ebenen Verhaltenskodices für Unternehmen mit ethischen, sozialen und ökologischen Vorschriften bei Direktinvestitionen – insbesondere im Bereich der Grundversorgung – in Entwicklungsländern zu fördern und das Bewusstsein für dieses Thema im Rahmen der UNCCD als Konvention zu schärfen.

Berlin, den 28. Januar 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333